

Grüner Vorschlag verdient Lob

► Grüne sprechen von Denkverbot

LZ vom 5. Februar 2018

Wenn man einen Vorschlag eines anderen so wendet, dass man trefflich dagegen polemisieren kann, dann nennt man das eine verlogene Debatte. Genau dieses abstoßende Schauspiel bieten die Kontrahenten im Lüneburger Rat beim Streit um den Verkauf von städtischen Beteiligungen. Der Fraktionschef der Grünen Ulrich Blanck schlägt vor, einen kleinen Teil der Lüwobau an den Landkreis zu verkaufen. SPD-

Fraktionschef Dieter Salewski sprach neulich vom „Verkauf von Tafelsilber“ und „Privatisierung“, als wäre der Landkreis eine geldgierige „Heuschrecke“. Ratsherr Philipp Meyn (SPD) schließt den Verkauf städtischer Beteiligungen kategorisch aus. In Ratsdebatten Punkte zu machen, scheint den SPD-Wortführern und ihren Sekundanten wichtiger zu sein, als drängende Probleme zu lösen.

Meiner Meinung nach hat Ulrich Blanck einen sehr klugen Vorschlag gemacht, der nicht nur

Geld in die klamme Stadtkasse bringt, sondern den kommunalen Wohnungsbau fördern kann. Und das tut Not, denn kaum etwas brennt den Bürgern so sehr auf den Nägeln wie der Mangel an bezahlbarem Wohnraum.

Die Stadt hat mit der Lüwobau ein leistungsfähiges Wohnungsunternehmen, der Landkreis aber nicht und kommt mit seiner Kreissiedlungsgesellschaft nicht in die Puschen. Die Lüwobau darf bisher nur in der Stadt bauen, wo Grundstücke zusehends knapp werden. Da wäre es

doch mehr als naheliegend, wenn Stadt und Landkreis das gepflegte Nebeneinander oder gar Gegeneinander überwinden und sich im Wohnungsbau zusammenschließen! Das diene mehr der öffentlichen Daseinsvorsorge, um die sich Ratsmitglieder wie Birte Schellmann (FDP) und Michèl Pauly (Linke) sorgen, als das Pflegen alter Zöpfe. Es wird Zeit, das kleinliche Kindergarten-Gezänk zu beenden und in der Sache um Lösungen zu ringen anstatt Denkverbote zu dekretieren.

Michael Wilhelm, Vögelsen